

Energieunion der Europäischen Union

## Die Chance nutzen!

Die Energieunion ist eine Chance für die Europäische Union, zum Treiber und Gewinner der weltweiten Dekarbonisierung zu werden. Allerdings muss die Kommission bei der Ausgestaltung der Energieunion dringend nacharbeiten, um die erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten.

Von Sabrina Schulz

Die Veröffentlichung „State of the Energy Union“ der Europäischen Kommission im November 2015 markiert den ersten Jahrestag der Energieunion – und sie ist notwendiger denn je zuvor. Die Transformation der Energiesysteme beschleunigt sich international. Das Dekarbonisierungsziel der Gruppe der Sieben (G7), die Anerkennung der Risiken von Stranded Assets für die Stabilität des Finanzsystems durch die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) und die Klimakonferenz in Paris machen deutlich: Europa kann in technologischer wie politischer Hinsicht zum Treiber und Gewinner der weltweiten Dekarbonisierung werden. Die Energieunion ist eine Chance für die Europäische Union (EU), ein effizientes, smartes und durch und durch europäisches Energiesystem zu schaffen, das weltweit seinesgleichen sucht.

### Debatte mit Widersprüchen

Derzeit ist die Debatte um die Energieunion allerdings von zahlreichen Widersprüchen geprägt. Werden diese nicht aufgelöst, wird die Energieunion Stückwerk und damit hinter ihrem Potenzial zurückbleiben. Die Kosten, um die Energieversorgung in Europa zu sichern und unsere Energiesysteme zu dekarbonisieren, fallen damit ungleich höher aus – zum Schaden von Verbrauchern und Steuerzahlern. Die EU Kommission hat das Mandat, tief greifende Reformen vorzuschlagen, und sollte dieses nutzen.

Konkrete Handlungsfelder sind die Widersprüche zwischen dem Ruf nach Investitionssicherheit einerseits und der Forderung nach einem Maximum an Flexibilität für die Mitgliedstaaten und geringstmöglichen Berichtspflichten andererseits; zwischen der Forderung nach freiem Wettbewerb und dem Erhalt der nationalen Kontrolle über den Energiemix; zwischen dem Ruf nach Verbindlichkeit der energiepolitischen Ziele der EU und der Ablehnung von zusätzlichen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten. Die Governance der Energieunion muss hier ansetzen, um ein Maximum an Transparenz und Vertrauen zu gewährleisten. Nur so kann auch die Investitionssicherheit für den Privatsektor steigen und können die Kapitalkosten sinken.

Um den Erfolg der Energieunion zu gewährleisten, muss sie zur Priorität über die unmittelbar mit Energie- und Klimapolitik betrauten Generaldirektionen der EU hinaus werden. Die Kapitalmarktunion, der Europäische Investitionsfonds (EFSI), der digitale Binnenmarkt und der Transportsektor müssen mit den Zielen der Energieunion kompatibel sein beziehungsweise diese fördern, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Risikokapital und günstigen Krediten für innovative und nachhaltige Lösungen in der Energiepolitik. Derzeit ist die notwendige Verknüpfung zwischen Energieunion und Kapitalmarktunion noch nicht hergestellt, was die Freisetzung von Investitionen in eine sichere, kostengünstige und nachhaltige Energieversorgung erschwert. Auch ist

der EFSI bisher nicht so aufgestellt, dass diejenigen Projekte mit dem größten gesellschaftlichen Mehrwert durch den Fokus auf nachhaltige Energieinfrastruktur bevorzugt werden.

Gleichzeitig muss allen Mitgliedstaaten die Chance zur vollen Teilhabe an der Energieunion eingeräumt werden. Dazu müssen zusätzliche Gelder für den Übergangsprozess für die Dekarbonisierung der Energiesysteme bereitgestellt werden. Regionen, die von Kohle und Schwerindustrie abhängen, brauchen eine echte Perspektive in der neuen Energiewirtschaft.

### Energieunion in Gefahr

Kernbestandteil der Energieunion ist die Umsetzung der 2030 Energie- und Klimaziele der EU. Die Energieunion ist daher gleichzeitig der Implementierungsplan für die im Rahmen des UN-Klimaprozesses geleisteten Zusagen. Der Erfolg der Energieunion ist somit maßgeblich für die Glaubwürdigkeit der EU als Akteur in der internationalen Klimapolitik.

Eines der größten Risiken für das Gelingen der Energieunion ist daher eine kurzfristige Perspektive auf die Versorgungssicherheit, die sich schon heute in neuen Investitionen in Kohle-, Öl- und Gasinfrastrukturen niederschlägt. Diese beruhen auf verzerrten Projektionen für die Entwicklung des Energieverbrauchs. Sobald die Energieeffizienz-Maßnahmen auf EU- und Mitgliedstaatsebene greifen, zum Beispiel weil sich Nachfragemärkte entwickeln und technologische Lösungen billiger und für Verbraucher akzeptabler werden, wird auch der Energiebedarf sinken. Vielen neuen Infrastrukturen droht daher das Schicksal von Stranded Assets. „Efficiency first“ muss daher auch für die Energieunion das Leitkriterium sein.

#### AUTORIN + KONTAKT

Dr. Sabrina Schulz ist Leiterin des Berliner Büros des Think Tanks E3G.

E3G – Third Generation Environmentalism,  
Neue Promenade 6, 10178 Berlin.  
E-Mail: [sabrina.schulz@e3g.org](mailto:sabrina.schulz@e3g.org)